

Ein „Bundesprogramm Patriotismus“ zu entwickeln wäre angesichts des Zustandes der politischen Kultur in Deutschland besonders sinnvoll.

Die Unterscheidung von Verfassung und Verfassungswirklichkeit führt dazu, die Identifizierung der Bevölkerung mit der Verfassung nicht zu überschätzen. Allerdings muss die bestehende deutsche Verfassung als eine historische und maßgebliche Errungenschaft der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts angesehen werden. Doch der Patriotismus kann als Ausdruck gemeinsamer Ziele einer Gesellschaft, einer Nation, und der Versicherung von Gemeinsamkeit, nicht überschätzt werden.

So hat das wiedervereinigte Deutschland als Verwirklichung des Einheitsstrebens in Ost und West vor 1989 seinen patriotischen Sinn gehabt und erfüllt, was zu würdigen ist.

Ebenfalls zu würdigen ist, dass der erneuerte deutsche Nationalstaat von 1989/90 nicht auf autoritärem Weg, sondern auf demokratischen Weg erreicht worden ist. D.h. Freiheit und nationale Einheit/Patriotismus gehen wieder zusammen, fortschrittlich wie in der ersten Hälfte des 19.

Jahrhunderts, als das Streben nach deutscher Einheit über Hambach und 1848 sich gemeinschaftsfördernd äußerte und der liberale Konstitutionalismus dem antiabsolutistischen Verfassungsdenken Auftrieb gab. Diese freiheitliche Tradition – es gibt mehr davon – könnte im liberalen politischen System der Gegenwart besonders betont werden.

Und ein Drittes tritt hinzu: Der wiedervereinigte, liberale Nationalstaat ist proeuropäisch ausgerichtet, nicht isolationistisch auf sich selbst zurückgezogen, sondern integrativ angelegt – was bedeutet, dass die modernen Nationalstaaten Europas fast alle diese höchst friedliche Idee, jeweils auf eigene Weise, kultivieren – und das sollte auch inszeniert werden.

Und: dass auch die gebaute politische Kultur hier im Hause mit der Geschichte des Reichstags sich verbinden lässt, sollte vom Parlament im Rahmen des erwähnten Bundesprogramms Patriotismus herausgearbeitet werden.

Dass diese friedliche Idee einer doppelten Integration, der nationalen und europäischen, allerdings wehrhaft sein muss, darauf haben uns die zwei kriegstreiberischen Ideen, das russische Großraumdenken und der islamistische Terrorismus, schmerzhaft hingewiesen. Nicht der Westen hat den Krieg als Mittel der Politik restauriert, sondern ein reaktionäres, rückschrittliches Denken und Handeln.

Wehrhaftigkeit gilt es aber auch in der Verfassungswirklichkeit zu festigen. Die wehrhafte politische Kultur der Bundesrepublik bedeutet insbesondere nach den Erfahrungen mit zwei totalitären Systemen, dass nicht der Nationalismus, sondern der Patriotismus das parteiübergreifende Konzept von Gemeinsamkeit und Demokratieverankerung sein muss.

Alle diese systematischen, historischen und aktuellen Fragen finden im Horizont des endlich erfolgreichen deutschen Konstitutionalismus, der mit dem 23. Mai auf den Punkt zu bringen ist, ihren Ort. Denn Patriotismus

heißt, sich auf das gemeinsame demokratische Erbe zu besinnen, die Frage nach dem Gemeinwohl zu aktualisieren, den liberalen, gesellschaftlichen Individualismus einzubinden und Geltung zu verschaffen. Und diesem bürgerschaftlichen Patriotismus und Erbe können oder könnten sich alle verpflichtet fühlen, Menschen mit oder ohne Migrationshintergrund.

Im Ergebnis würde diese politische Akzentsetzung dem Zusammenhalt der Gesellschaft guttun, die politische Kultur, also die Akzeptanz des demokratischen politischen Systems, befördern und vielleicht erreichen, dass die Kommunikation über politische Angelegenheiten wieder einen erträglichen Ton erhält.

Tilman Mayer: Patriotismus – die neue bürgerliche Bewegung, in: APuZ vom 2. Januar 2007, S. 24-30

Tilman Mayer, Karl-Heinz Paqué, Andreas Apelt (Hrsg.): Modell Deutschland, Berlin 2013

Tilman Mayer (Hrsg.): 150 Jahre Nationalstaatlichkeit in Deutschland, Essays, Reflexionen, Kontroversen, Baden-Baden 2021, darin: Wolfram Pyta: Der Reichstag als Symbol der deutschen Nation, S. 135-165